

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Krefenbain, Bantenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Croisich, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hühndorf, Kausbach, Kesselsdorf, Klein Schönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Pögen, Rodorn, Müllig-Rohlschen, Ranzig, Reufirchen, Reutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bohrdorf, Möhrsdorf bei Wilsdruff, Neisich, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Mohorn, Seelighadt, Speckshausen, Taubenheim, Unterdorf, Weistropf, Wilberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mt. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mt. 54 Pf. Inlerate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Inlerationspreis 15 Pfg. pro viergespaltene Corpusszeile.

Form und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger hiesig.

No. 141.

Dienstag, den 2. Dezember 1902.

61. Jahrg.

Herr Thierarzt **Paul Voigt** aus Mohorn ist am 22. dieses Monats als weiterer wissenschaftlicher Fleischbeschauer für die Gemeinden **Steinbach** b. Mohorn und **Helbigsdorf** in Pflicht genommen worden.

Meissen, am 25. November 1902.

Königliche Amtshauptmannschaft.

von **Schroeter.**

Hrb.

Auf Blatt 81 des Handelsregisters ist heute die Firma **Ewald Peukert** in **Wilsdruff** und als deren Inhaber der Kaufmann Herr **Karl Ewald Peukert** daselbst eingetragen worden.

Angegebener Geschäftszweig: Getreide-, Futtermittel- und Kohlenhandel.

Wilsdruff, den 28. November 1902.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die offenen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr dürfen an den letzten 14 Wochentagen vor Weihnachten, das ist vom 9. bis mit 24. Dezember 1902 mit Ausschluß der Sonntage, bis 10 Uhr Abends geöffnet bleiben.

Solches wird unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der königlichen Amtshauptmannschaft Meissen vom 2. April 1901 zur Kenntniss der Beteiligten gebracht.

Wilsdruff, am 28. November 1902.

Der Bürgermeister.
Kahlenberger.

Bekanntmachung.

Nachdem das am 13. August 1868 hier selbst geborene Dienstmädchen

Olga Anna Claus

anher angezeigt hat, daß ihr das am 25. April 1882 unter Nr. 11 von hier angelegte Dienstbuch abhanden gekommen sei, ist der Genannte am heutigen Tage ein neues Dienstbuch unter Nr. 33 erteilt worden.

Das abhanden gekommene Buch wird zur Vermeidung von Mißbrauch hiermit für ungültig erklärt.

Wilsdruff, am 29. November 1902.

Der Bürgermeister.
Kahlenberger.

Zur parlamentarischen Lage.

Das Ergebnis der Verständigung zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern der Reichstags-Parteien ist in allen Kreisen, denen die nationale Arbeit und die wirtschaftliche Zukunft unseres Vaterlandes am Herzen liegt, mit lebhafter Genugthuung begrüßt worden. Nach Lage der Dinge war es nicht möglich, daß jeder Wunsch erfüllt werden konnte, und so haben Alle Opfer bringen müssen, die nicht, wie Graf Bülow, von vornherein auf der Mittellinie waren. Der von den verbündeten Regierungen vorgelegte Zolltarif-Entwurf eignete sich in der That am Besten zur Grundlage einer Verständigung, weil er nach jahrelanger, mühseliger Arbeit zu Stande gekommen ist, und weil er die Bürgerschaft bietet, daß die auf seiner Basis abgeschlossenen Handelsverträge alle Zweige der nationalen Arbeit, nicht am wenigsten die heimische Landwirtschaft wirksam gegen den Wettbewerb des Auslandes schützen.

Durch die Verständigung ist die zollpolitische Lage geklärt. So lange sich die beiden Faktoren der Gesetzgebung, die verbündeten Regierungen und die Mehrheit des Reichstages, gegenüber standen, war die Lage unsicher. Die Gefahr, daß der Zolltarif an übertriebenen Forderungen scheitern und damit ein großes Uebel über die heimischen Gewerbestände heraufbeschworen werde, lag wie ein Alp auf denen, die etwas Positives schaffen wollten, und lähmte ihre Thätigkeit. Jetzt ist der Kampfpreis in die Nähe gerückt. Der Reichstag kann nun alle Energie darauf verwenden, den Widerstand der Minderheit zu brechen.

Die Sozialdemokraten haben es sich zur Aufgabe gestellt, mit allen Mitteln das Zustandekommen des Zolltarifes zu verhüten, und sie sind wahrlich nicht wählerisch. Der Reichstag war in diesen Tagen bei der Beratung eines die Erledigung der Zolltarif-Vorlage bescheidenden Antrages der Reichstags-Parteien der Schauplatz von Szenen, wie sie in Deutschland noch nicht vorgekommen sind. Die Sozialdemokraten traten die Würde des Parlaments mit Füßen. Sie tobten und schrien wie die wildesten Straßenjungen. Ausdrücke wie „Ränderbande“, „Taschendiebe“, „Gauner“, „Zuhälter“, „Sie Schuft“, „Sie Lump“ wurden aus ihren Reihen gegen Vertreter der Mehrheit geschleudert. Eine geordnete Verhandlung war nicht möglich. Der Präsident konnte die Leidenchaften nicht zügeln: er sah sich gezwungen, die Sitzung zu unterbrechen. Mit den Worten: „Das also ist die Freiheit der Sozialdemokratie!“ mußte der Abgeordnete Bachem auf die Fortsetzung seiner Rede verzichten.

Die Erledigung des Zolltarifs ist also zu einer Nachtfrage ausgemacht: die Nacht, die nach der Verfassung im Reichstage der Mehrheit zukehrt, will die Minderheit, zu der entgegen ihren sonstigen parlamentarischen Anschauungen auch Freisinnige gehören, durch revolutionäre Mittel an sich reißen. Das kann die Mehrheit unter keinen Umständen zulassen. Damit wäre, wie der Reichskanzler neuerlich sehr richtig bemerkt hat, die Axt an die Wurzel

des Parlamentarismus gelegt. Sollten die Sozialdemokraten weiter gegen Sitte, Anstand und Ordnung verstoßen und die Verhandlungen gewaltsam unmöglich machen, so bleibt der Mehrheit nichts Anderes übrig, als der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, das heißt, durch die Verrückung der Geschäfts-Ordnung dem Präsidenten größere Machtmittel an die Hand zu geben, damit er den Störenfriedern das Handwerk legen kann.

Einen lichten Punkt hat die Obstruktion der Sozialdemokraten im Reichstage wenigstens gehabt: Sie hat von Neuem gezeigt, welche tiefe Klust die Sozialdemokratie von den staatsverhaltenden Parteien trennt, und daß diese im Kampfe gegen sie einmütig zusammenstehen müssen. Wenn diese Erfahrung vorhalten und auch bei den nächsten Reichstagswahlen zur Geltung gelangen würde, so hätte sich die Sozialdemokratie einmal als ein Theil der Macht betätigt, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Politische Rundschau.

Der Kaiser traf am 28. November gegen Mittag in Görlitz ein und wohnte daselbst der Einweihung der Ruhmeshalle und des hiermit verbundenen Kaiser Friedrich-Museums bei. Auf eine bei der Feier gehaltene Ansprache des Oberbürgermeisters Büchtemann an den Kaiser erwiderte letzterer in längerer Rede. Aus dieser Kaiserrede, deren Wortlaut jetzt vorliegt, heben wir folgende markante Sätze hervor: „Mir will es scheinen, als ob die jetzige deutsche Generation der Verpflichtung, durch Arbeit das Fortzuführen, was uns durch die Arbeit der Väter überkommen ist, nicht vollkommen entsprechen wollte. Unser Volk in seinen verschiedenen Klassen und Ständen ist für diese Aufgabe unempfindlicher geworden. Die großen Fragen, die an dasselbe herantreten, seitdem ein einiges deutsches Vaterland und ein einiges germanisches Volk wieder hergestellt sind, werden nicht verstanden, ich hoffe aber, daß das Gefühl für den kategorischen Imperativ der Pflicht wieder wach werde. Es ist schön und herrlich, wenn ein Volk seine Liebe zu seinen Vätern, und der Krone und deren Träger zum Ausdruck bringt, allein damit ist es nicht gethan. Es kann der Träger der Krone und seine Organe auf die Dauer ein ganzes Land nicht vorwärts bringen, wenn nicht alle Stände desselben helfen. Wir stehen an der Schwelle der Entfaltung neuer Kräfte, unsere Zeit verlangt ein Geschlecht, das sie versteht.“ Und hier auf Schlesiens Boden, da ziemt es sich wohl, sich an den großen König zu erinnern, der diesen Edelstein seiner Krone eingefügt hat, und das, was er für die Zukunft seines Vaterlandes im Auge hatte, das wollen wir auch weiter bilden. Freiheit für das Denken, Freiheit in der Weiterbildung der Religion, und Freiheit für unsere wissenschaftliche Forschung, das ist die Freiheit, die ich dem deutschen Volke wünsche und ihm erkämpfen möchte, aber nicht die Freiheit, sich nach Belieben schlecht zu regieren.“

Der Kaiser traf am Abend des 28. November, von

Görlitz kommend, auf Bahnhof Radzinka u. (Ober-Schlesien) ein. Daselbst wurde er vom Fürsten Denkel, Donnersmarck empfangen und dann zu Wagen nach Schloß Neudeck geleitet. Am Sonnabend fanden Jagden im Gelände von Neudeck, Koslowagora u. s. w. statt; am Sonntag über verblieb der kaiserliche Gast größtentheils in Schloß Neudeck. Am Montag früh reiste der Kaiser nach Groß-Strehlitz zu einem Jagdbesuch beim Grafen Tschirky-Renard weiter.

Der Kaiser als Erbe. Als Ergänzung der Mittheilung, die vor einigen Tagen über ein dem Kaiser zugekommenes Vermächtniß gebracht wurde, meldet ein Telegramm Folgendes: Erblasser ist der aus Bernheim gebürtige frühere Kaufmann, Rentier Hildebrand ein vermöglicher Mann, der bis vor fünf Jahren in Dresden seinen Wohnsitz hatte, dann nach Görlitz übersiedelte und jetzt dort gestorben ist. Hildebrand war von jeher ein großer Verehrer des Kaisers und hat seiner Anhänglichkeit bereits einmal Ausdruck gegeben. Er hat dem Monarchen nämlich vor einigen Jahren eine prachtvolle, bei Arco gelegene Villa zugeeignet; das Geschenk erhielt die Bestimmung, lebenden Offizieren als Erholungsstätte zu dienen. Jetzt hat er den Kaiser letztwillig zu seinem Universalerben eingesetzt. Wie groß der Besitz ist, um den es sich handelt, steht noch nicht fest; jedenfalls gehören ein Grundstück in der Dresdner Südvorstadt und mehrere in der Gegend gelegene Güter dazu.

Der Reichstag setzte am Sonnabend die Geschäftsordnungsdebatte über den bekannten Antrag Kardorff in weit ruhigerer Weise als in den beiden vorangegangenen Tagen fort. Vorher war die Interpellation der Polenfraktion, was der Reichskanzler behufs Beseitigung der ungleichmäßigen Behandlung der polnischen Bevölkerung im Reiche zu thun gedenke, durch die Erklärung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky, daß der Reichskanzler in dieser Angelegenheit zunächst noch Erhebungen anstelle, kurzer Hand erledigt worden. Dann hielt der Sozialdemokrat Stadthagen als erster Redner vom Tage eine Rede gegen die Zulässigkeit des Antrages Kardorff, worauf auch Abg. Dr. Barth von der freisinnigen Vereinigung diese Zulässigkeit bestritt und weiter auch den Antrag selbst und ferner den gesammten Zolltarifentwurf verwarf. Eine abschließende Kritik des Verhaltens des Abgeordneten Richter in den Geschäftsordnungsverhandlungen der letzten Tage in der Barth'schen Rede, veranlaßte Bedel zu dem Zwischenruf: „Richter ist der Verräther der Minderheit!“, wogegen Richter erregt protestirte, worauf Vizepräsident Büsing den Abgeordneten Bedel zur Ordnung rief. Nach Beendigung der Rede Dr. Barth's beantragte der Sozialdemokrat Singer Vertagung und bezweifelte, als Präsident Graf Ballestrem zur Abstimmung schreiten wollte, die Beschlußfähigkeit des Hauses. In diesem Augenblick verließen sämtliche Fraktionsgenossen Singer's demonstrativ den Saal, was infolge der hierdurch zweifellos bewirkten Beschlußunfähigkeit des Hauses den Präsidenten zur Auf-